

## GROSSER RAT

GR.17.209

### VORSTOSS

**Interpellation Martin Brügger, SP, Brugg (Sprecher), Roland Agustoni, GLP, Rheinfelden, Jürg Baur, CVP, Brugg, Robert Obrist, Grüne, Schinznach, Stefanie Heimgartner, SVP, Baden, René Bodmer, SVP, Arni, und Fabian Hauser, BDP, Würenlos, vom 29. August 2017 betreffend Lieferung von Beton-Elementen aus dem Ausland per Lastwagen zur Bözberg-Eisenbahntunnel-Baustelle**

---

#### **Text und Begründung:**

Bevölkerung und Presse (AZ) nahmen mit Befremden wahr, dass für den SBB-Bözbergtunnel Betonbauteile im Ausland produziert und mit ausländischen Transportunternehmen in die Schweiz gelangen. Man rechnet gemäss Bericht mit über 3'000 Fahrten und einem Transportvolumen von 100'000 Tonnen Beton, welches man auf der Strasse durch Aargauer Dörfer zu den Tunnelportalen führt. Es ist enttäuschend, dass bei der Vergabe eines Staatsunternehmens, nicht Aargauer Rohstoff, Aargauer Unternehmen und deren Chauffeure zum Zuge kommen, sondern ausländische Anbieter. Die mit fremdem Kalk und Kies in ausländischen Fabriken gefertigten Beton-Elemente werden nicht per Bahn oder mit Aargauer Transportunternehmen zu den Tunnelportalen geliefert, sondern von weit her durch ausländische Unternehmen und Chauffeure.

Die Interpellation will in diesem Zusammenhang insbesondere erfahren, ob und wie im Rahmen der Personenfreizügigkeit (PFZ) die ausländischen Transportunternehmen kontrolliert werden können und ob die CH-Unternehmen auch gleiche Chancen bei Ausschreibungen haben und wie für Chauffeure in der Schweiz die Arbeitsmarktsituation aussieht.

Der Regierungsrat wird gebeten, zu folgenden Fragen Auskunft zu geben:

1. Der Regierungsrat ermöglicht im Aargau durch Richtplanrevisionen immer wieder neue Abbaugebiete für Kies- und Betonwerke. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass auf einer der grössten Baustellen im Aargau trotz vorhandenem Aargauer Rohstoff – die Betonelemente im Ausland produziert werden?
2. Durch den ausländischen Schwerverkehr und die 100'000 Tonnen Transportgut werden Strassen stark belastet. Werden allfällige Schäden erhoben und ggf. in Rechnung gestellt? Ist die zusätzliche CO<sub>2</sub>-Belastung, welche durch "billige"/lange Transportwege aus dem Ausland entstehen für den Regierungsrat ein Thema, welches zu beachten wäre?
3. Durch die grossen Tonnagen und Anzahl Fahrten kann davon ausgegangen werden, dass die entsprechenden ausländischen Firmen und Chauffeure beachtliche Arbeitszeiten in der Schweiz leisten.
  - a) Werden diese geleisteten Arbeitszeiten und auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Firmen/Chauffeure im Rahmen des Entsendegesetzes gemeldet, erfasst oder kontrolliert? Fanden bisher bereits Kontrollen statt?
  - b) Falls weder Meldepflicht noch Kontrollen zur Anwendung kommen: – wie beurteilt der Regierungsrat diese Situation? Ist der Regierungsrat überzeugt, dass bei einer Ausschreibung

gleichlange Spiesse für Schweizer/Aargauer Fuhrhalter im Ausschreibungs-Wettbewerb bestehen?

- c) Falls dies fraglich ist, ist der Regierungsrat bereit, diese Problematik anzugehen damit die Chancen von Aargauer Unternehmen bei Ausschreibungen intakt bleiben?
4. Wie viele Chauffeure (aller Kategorien) sind im Moment im Kanton Aargau als stellensuchend/ arbeitslos gemeldet und wie betrachtet der Regierungsrat ihre Situation gegenüber den Chauffeuren von ausländischen Unternehmen, welche Fahrten im Aargau ausführen?

Mitunterzeichnet von 33 Ratsmitgliedern